Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Grundzeile, 20 mm breit, M. 25.–, für auswärts M. 30.–, für das Ausland M. 100.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 70.–, für auswärts M. 90.–, für das Ausland M. 300.–. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen M. 8.–. Preisermäßigung lt. Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann keine Gewähr übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch den Boten monatlich M. 200.–. Postbezug laut Eintragung in den Postlisten. Bezugspreis für die Tschecho-Slowakei monatlich č Kr. 10.–. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 20.–, Kreuzbandsendungen nach dem Auslande wöchentlich M. 120.–. Einzelnummer M. 10.–

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 23541, 23885, 26677 und 26703 • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Nr. 252 — Donnerstag, 26. Oktober 1922 — XXX. Jahrg.

Die Reparationskommission kommt nach Berlin

Wichtige Verhandlungen bevorstehend

Die Kontrollforderungen der Reparationskommission — Besprechung mit internationalen Finanzsachverständigen in Berlin

M Paris, 25. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) An hiesiger gutunterrichteter Stelle verlautet, daß einige Mitglieder der Reparationskommission, man spricht sogar von Bradbury und Barthou, sich dieser Tage nach Berlin begeben werden, um in direkte Besprechungen mit der Reichsregierung einzutreten. Die Entscheidung, die die Reparationskommission noch in dieser Woche, wahrscheinlich am Freitag, über die Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark und im Zusammenhang damit über ein Moratorium fällen wird, dürfte unter diesen Umständen nur einen provisorischen Charakter haben. Die Wahrscheinlichkeit, daß der belgische Plan als Vermittlungsvorschlag zwischen dem englischen und französischen Projekt im Laufe der Debatte noch eine besondere Bedeutung gewinnt, dürfte nicht von der Hand zu weisen sein. Die Reparationskommission hat sich auch in ihrer gestrigen sehr ausgedehnten und teilweise sehr erregten Sitzung mit beiden Projekten befaßt, ohne, wie von vornherein zu erwarten war, zu irgendwelchen positiven Schlüssen zu gelangen. Aus einer Brüsseler Meldung des „Temps" ist zu entnehmen, daß die belgische Regierung die Stabilisierung der Mark und die Balancierung des Etats zur Vorbedingung aller Verhandlungen macht, wie dies bereits von uns berichtet worden war. Sie vertritt die Ansicht, daß Deutschland erst nach Erfüllung dieser Bedingungen, für die es eine allerdings nur kurze Frist erhalten soll, in der Lage sein wird, irgendwelche Reparationen zu bezahlen. In diesem Punkt liegt der wesentliche Unterschied gegen den französischen Plan, der ein Moratorium von der Ausführung dieser Forderung direkt abhängig macht.

Die Gründe der Reise

— **Paris, 25. Oktober.** (Eig. Drahtbericht.) Dem „Petit Parisien" zufolge ist die gestrige Entscheidung der Reparationskommission als ein Kompromiß zwischen dem englischen und französischen Vertreter nach Erschöpfung der Aussprache über die beiderseitigen Projekte aufzufassen. Der englische Plan hatte die mehrjährige Befreiung des deutschen Budgets von den Reparationslasten, Stabilisierung der Mark und Reorganisation der Reparationskommission sowie ihre Uebersiedelung gefordert. Das französische Projekt verlangte aber verschärfte Kontrolle des Garantiekomitees über die Einnahmen und Ausgaben des Deutschen Reiches. Dagegen sollte jeder Zahlungsaufschub bis zur Brüsseler Konferenz von der Diskussion ausgeschlossen bleiben. In der Debatte machten die Engländer geltend, daß eine derartige Kontrolle nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht ohne die Einwilligung Deutschlands möglich sei, und Sir John Bradbury erklärte den Franzosen schließlich: „Wir akzeptieren diese Kontrolle, wenn Sie damit einverstanden sind, mit Deutschland darüber zu verhandeln, statt ihm eine solche Einrichtung aufzuzwingen." Der französische Vertreter erklärte sich daraufhin bereit, an einer Reise nach Deutschland teilzunehmen und mit dem deutschen Reichskanzler zu verhandeln, um so mehr, als hier die Ansicht vorherrsche, daß Dr. Wirth und seine Mitarbeiter sich der Einrichtung einer gewissen Kontrolle über das deutsche Budget nicht widersetzen würden, vielleicht auch nur in der Absicht, auf diese Weise die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands zu beweisen und die Verantwortung für eine eventuelle Verschärfung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands auf die Alliierten zu übertragen.

Zur Rettung der Mark

Einladung internationaler Finanzsachverständiger nach Berlin

B. **Berlin, 25. Oktober.** (Eig. Drahtbericht.) Die Reichsregierung hat eine Reihe hervorragender Finanzsachverständiger des Auslandes nach Berlin eingeladen, um mit ihnen darüber zu beraten, welche Maßnahmen für eine Stabilisierung der Währung bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands ergriffen werden können. Die Beratungen werden, wie wir erfahren, in Kürze stattfinden. Zu den ausländischen Sachverständigen werden u. a. gehören: Professor Keynes, der amerikanische Währungssachverständige und Professor an der Columbia-Universität Jenks, der zur Zeit in Berlin weilende Vizepräsident der amerikanischen Garanty Trust Company Totter, der schwedische Professor Gustav Cassel, der Präsident der Niederländischen Bank Rüssering.

Die verschobene Entscheidung

Vertagung des Reichstags — Weitere Besprechungen mit den Parteiführern

B. **Berlin, 25. Oktober.** (Eigener Drahtbericht.) Es ist wieder einmal alles abgesagt worden: die Krise, die angekündigte programmatische Erklärung des Kanzlers in der Vollversammlung des Reichstages, selbst anscheinend auch die Besprechung mit den Parteiführern, die gestern ein wenig plötzlich und unvermittelt unterbrochen worden war. Man hat, nachdem man ein bis zwei Tage mit dem Feuer gespielt hatte, vor dem letzten Schritt doch zurückgescheut. Auch die Sozialdemokraten haben es offenbar diesmal noch nicht auf das Biegen oder Brechen ankommen lassen wollen. Zudem sie ihre Fraktionssitzung erst nach der Plenarsitzung und dem Beschluß, auf 14 Tage auseinanderzugehen, ansetzten, gab man sie zu erkennen, daß auch sie einstweilen die Entscheidung zu vertagen wünschten.

Der Kanzler hat, wie wir es übrigens nicht zum erstenmal erleben, eine Programmrede angekündigen lassen und sie dann doch nicht gehalten. Die Ungewißheit im Hause hielt fast bis zuletzt an. Die Vermutungen der kundigen Auguren widersprachen sich, und man konnte sie sich es fast von den Knöpfen abzählen lehen: Kommt er — kommt er nicht ... Inzwischen hatte man reichlich Muße, sich seine Gedanken darüber zu machen, auf wie wunderliche Art innerpolitische Krisen bei uns ausgetragen werden. Als man schon am frühen Nachmittag Scharen frohbewegter Reichstagen mit ihren Köfferchen den Bahnhöfen zustreben sah, mußte es einem unwahrscheinlich erscheinen, daß fundamentale Veränderungen sich vollzogen haben könnten, wenn am 7. November man sich wieder zu gemeinsamer Arbeit zusammenfindet.

Dennoch war es wohl

mehr als blinder Lärm

und was jetzt nicht zum Austrag gekommen ist, wird im November so oder so seine Lösung finden müssen. Schon die Frage der Devisenordnung über die, wenn sich Minister Hermes seinen Widerstand gegen die innere Goldanleihe jetzt aufgegeben haben soll, in Regierung wie Parlament die Meinungen nach wie vor auseinandergehen, wird solche Auseinandersetzung unausweichbar machen. Vielleicht sind diese gehäuften und auf die Dauer schlechthin nicht zu ertragenden Krisen ein Zeichen der Gesundung: die Wehen, unter denen die Konsolidierung unseres Parteilebens, der Neuaufbau der Koalition, die Umbildung der Regierung sich vollziehen. Optimisten möchten sie dafür nehmen. Es ist aber keineswegs ausgeschlossen, daß sie nur neuer Zerrüttung den Weg bereiten. Preisfrage: Wie hoch wird der Dollar stehen, wenn im November der Reichstag wiederzusammentritt?

Unterdessen soll aber trotz der Vertagung die

Fortsetzung der Besprechungen mit den Parteiführern

stattfinden. In den letzten Tagen war vielfach von Forderungen die Rede, die die Sozialdemokratie zur Rettung aus unsern gegenwärtigen Nöten angemeldet hätte und von deren Bewilligung sie ihren Verbleib in der Regierung abhängig mache. In der gestrigen Fraktionssitzung, die mehrere Stunden dauerte, ist die sozialdemokratische Fraktion zu bestimmten Beschlüssen noch nicht gekommen. Der „Vorwärts" berichtet lediglich, daß die Fraktion der Meinung gewesen sei, daß das Notwendige sofort getan werden müsse und daß der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt ersucht worden sei, dem Kabinett mitzuteilen, daß die Sozialdemokratie auf schnellste Fortführung der Parteibesprechungen bestehe. Für diese Besprechungen mit der Regierung wurde nach derselben Quelle

eine sozialdemokratische Kommission von fünf Mitgliedern

eingesetzt, und zwar sollen dieser Kommission angehören: Hermann Müller, Hilferding, Breitscheid, Krätzig und Hertz. Der Prozentsatz der ehemaligen Unabhängigen ist, wie man sieht, in dieser Kommission sehr stark. Inzwischen hat das Reichskabinett sich gestern nachmittag mit der Devisenordnung beschäftigt und soll diese Beschäftigung heute fortsetzen. Die „Vossische Zeitung" behauptet, die abgeänderte Devisenordnung würde bereits heute veröffentlicht werden.

Kein Rücktritt Krassins

O. E. **Berlin, 25. Oktober.** (Eig. Drahtbericht.) Der russische Außenhandelskommissar Krassin, der augenblicklich in Berlin weilt, erklärte einem Vertreter des Ost-Expreß, daß alle Meldungen über seinen Rücktritt unzutreffend seien. Er habe einen Urlaub erhalten, den er schon vor zwei Monaten antreten sollte, was jedoch aus Zeitmangel nicht stattfinden konnte. Krassin hat die Absicht, am Sonnabend zur Erholung nach Italien zu reisen. Nach London werde er nicht fahren, wenn er in dieser Hinsicht nicht noch neue Weisungen aus Moskau erhalte. In bezug auf den Vertrag mit Urquhart erklärte Krassin, daß die Sowjetregierung sich diesem Vertrage aufs neue zuwenden werde, sobald eine neue Phase in den russisch-englischen Beziehungen eingetreten sei.

Frankreich und die skandinavischen Länder

Von Dr. E. Timm, Sekretär der Nordischen Gesellschaft in Lübeck

I.

Frankreich und Dänemark

Es ist ziemlich schwer, sachliche Gründe zu finden für die Nebenart, Kopenhagen sei das Paris des Nordens. Paris ist eine der ältesten Metropolen der Welt, Kopenhagen ist — amerikanischen Ausschnitts fast — in wenigen Jahrzehnten von einer kleinen Residenzstadt zur Weltstadt geworden. Seine zu innerst nordische Gemütsverfassung wird auch der noch so blasierte Kopenhagener oder die noch so mondän sich habende Kopenhagenerin nicht verleugnen können. Nur ein Berührungspunkt ist da: „Paris, c'est la France" und: Kopenhagen, das ist Dänemark — in kultureller und gesellschaftlicher Hinsicht. Dafür das außerordentlich starke und wirkungsreiche literarische Leben in Dänemark wie in Paris, da alles, was irgend über ein klein wenig Geist verfügt, sich an einer Stelle zusammenfindet und maßgebenden Einfluß hat. Daß nun diese Kreise seit langem nach Frankreich tendieren, hat vielleicht wesentlich politische Gründe, die ihren Ursprung haben in der Zeit nach 1864, als man sich von England enttäuscht fühlte; als der Brandes Jakobsen französische Kunst protegierte; als die Neue Glyptothek mit teilweise sehr mittelmäßigen französischen Werken angefüllt wurde; als 1874 die radikalliterarischen Kreise unter Führung der Brüder Georg und Edward Brandes die Zeitschrift „Det 19de Aarhundrede" (Das 19. Jahrhundert) und zehn Jahre später die Zeitung „Politiken" gründeten. So hat Frankreich mit seiner Kulturpropaganda in Dänemark verhältnismäßig leichtes Arbeiten gehabt, trotzdem die solide Grundlage für diese Propaganda: die engen Handelsbeziehungen, fast ganz fehlte. Vor dem Kriege war die Ausfuhr — deren Größe sonst so leicht ausschlaggebend wird für die mehr oder weniger herzlichen Neigungen eines Volkes zum andern — Dänemarks nach Frankreich überhaupt nicht der Rede wert: 0,4 Proz. der ganzen dänischen Ausfuhr; Standardartikel waren überhaupt nicht dabei vertreten. Die Einfuhr nach Dänemark war zwar etwas bedeutender, besonders in Viehfutter (Oelkuchen, in Konkurrenz mit Deutschland) und Spirituosen, betrug aber doch dem Werte nach kaum ein Dreißigstel der Gesamteinfuhr.

Während des Krieges verschmälerte sich diese reelle Basis naturgemäß noch weiter, doch dafür machten sich die psychologischen Auswirkungen der in den maßgebenden Kreisen fast durchweg antideutschen Stimmung um so stärker geltend.

Von besonderem Interesse aber ist die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Frankreich und Dänemark nach dem Kriege. Mit der Abtretung Nord-Schleswigs war der eigentliche reale politische Grund für eine Feindschaft gegen Deutschland für einen großen Teil der hauptstädtischen Bevölkerung Dänemarks hinfällig geworden. Der Kreis der Chauvinisten um jeden Preis mußte sich stark verkleinern, und gerade die radikalen Kreise traten für ein besseres Verhältnis zu dem südlichen Nachbar ein, gegen die insgeheim weiter betriebene Annexionspropaganda „Politiken", das Hauptorgan der Radikalen, hat sich politisch ganz von Frankreich abgewandt und hält nur noch kulturell an seinen alten Ueberlieferungen fest. Ueberhaupt ist natürlich die augenblickliche Politik Frankreichs nicht eben geeignet, ein Propagandamittel zu sein. Man kann daher Bemühungen Frankreichs beobachten, die moralisch unerfreulichen Wirkungen dieser seiner Gewaltpolitik auf andern Gebieten nach Möglichkeit zu paralysieren: mit Erfolg.

Einmal kulturell. Gerade in diesen Tagen ist im Kunstmuseum in Kopenhagen eine Sammlung französischer Handzeichnungen ausgestellt, die vom Stockholmer Nationalmuseum zur Verfügung gestellt wurde; da ist schon vorher, 1921, eine französische Ausstellung alter Kunst in Kopenhagen gewesen, die — wie ein amtliches dänisches Blatt feststellte — von zahllosen Dänen mit Bewunderung besucht wurde; da haben hervorragende französische Schauspieler eine Gastspielreise durch Dänemark gemacht; und wurden natürlich mit Begeisterung aufgenommen; da ist die geplante dänisch-französische Sahara-Expedition; da haben Autoritäten der Pariser Kommunalverwaltung zu Studienzwecken Kopenhagen besucht; ein Gegenbesuch der Kopenhagener in Paris ist geplant; enge Beziehungen sind angeknüpft zwischen der königlichen Porzellanmanufaktur in Kopenhagen und der Fabrik in Sèvres; auf der Messe in Lyon wurden herzliche Toaste ausgetauscht zwischen dem Bürgermeister von Lyon und dem dänischen Gesandten in Paris; auf einer Ausstellung in Bordeaux im Sommer 1921 aber haben die ausgestellten dänischen Standardartikel, besonders Butter, so wohlgefallen, daß seitdem der Butterexport nach Frankreich ganz gewaltig gestiegen ist: allein in den ersten sieben Monaten 1922 ist für ungefähr 24 Millionen Kronen Butter nach Frankreich ausgeführt worden, so daß Frankreich mit mehr als ein Zehntel der gesamten Butterausfuhr jetzt gleich nach Großbritannien als Hauptabnehmer dieses dänischen Standardartikels rangiert, während es vor dem Kriege überhaupt nicht auf der Liste stand.

Das Anwachsen dieser Handelsbeziehungen sowie auch die Zunahme des gegenseitigen Touristenverkehrs hat nun als natürliche Folge eine Verbesserung und Engergestaltung des Schiffsverkehrs zwischen Dänemark und Frankreich nach sich gezogen. So wurde Ende September dieses Jahres eine regelmäßige Verbindung zwischen Esbjerg und Calais, zunächst einmal wöchentlich, eingerichtet, und eine Abordnung französischer Privatbahngesellschaften hat sich über die inneren Verkehrsverhältnisse Dänemarks orientiert.

Ferner sind die dänische und französische Regierung kürzlich übereingekommen, im beiderseitigen Reiseverkehr das Paßvisum abzuschaffen.

Eine ausgesprochen franzosenfreundliche Richtung von einiger Bedeutung gibt es augenblicklich in Dänemark kaum, aber Frankreich versteht es gut, durch Andwerfung gewisser politischer Traditionen, Betonung seines kulturellen Uebergewichts und Schaffung neuer wirtschaftlicher Grundlagen seine Stellung in Dänemark neu zu fundieren, die es vielleicht verlieren könnte, wenn es untätig wäre.

Französische Rheinpläne

M Frankfurt a. M., 25. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der Vorsitzende der Finanzkommission der französischen Deputiertenkammer, Dariac, hat einen

Geheimbericht über eine im amtlichen Auftrage unternommene Reise in das Rheinland

erstattet. Da sein Bericht nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt war, spricht er ohne Zurückhaltung oder Verschleierung von den wahren Zielen der französischen Politik. Die „Frankfurter Zeitung" ist in der Lage, den Abschnitt über die Rheinlandpolitik zu veröffentlichen. Es heißt darin u. a.: Jede französische Politik im Rheinland ist einer Vorbedingung untergeordnet: **Der verlängerten Aufrechterhaltung unserer Rheinarmee in dem besetzten Gebiet.** Ohne diese Sicherung ist diese Politik zwangsläufig schwierig. Die Bevölkerung will sich, wie wir gesehen haben, nicht für eine Sache kompromittieren, deren Schwäche deutlich zu Tage tritt, weil sie zeitlich begrenzt, und ungewiß in ihren Aktionsmitteln ist. In dem Leben einer Nation zählen fünf, zehn oder fünfzehn Jahre wenig. Wenn wir uns am Ende dieser kurzen Periode zurückziehen sollten, dann muß sich unsre Rolle auf eine rein militärische Besetzung beschränken. Das darf aber nicht der Fall sein. Deshalb hat die französische Regierung seit 1919 zu wiederholten Malen erklärt, daß infolge der Nichtausführung der deutschen Verpflichtungen die Fristen dieser Besetzung suspendiert werden.

Nach dem Geheimbericht wird

die französische Autonomiepolitik im Rheinland

wie folgt beschrieben: **Der erste Akt** dieser Politik ist die finanzielle Organisation des Rheinlandes, eine hohe Zollgrenze im Osten gegen Deutschland und eine niedrige im Westen gegen Frankreich. Ferner ein vom Reichsbudget getrenntes Sonderbudget. Ersatz der schiffbrüchigen Mark durch ein gesundes Geld. **Der zweite Akt** ist die Ersetzung der preußischen Beamten durch rheinische Beamte. **Der dritte Akt** die Ausdehnung der Vollmachten der hohen Kommission und die Einberufung einer gewählten rheinischen Versammlung. Am Schlusse des Geheimberichtes heißt es: „Das sind zweifellos ehrgeizige Pläne, die aber, mit Weisheit und Unterscheidungsvermögen ausgeführt, und zwar in dem Maße ausgeführt, in dem Deutschland sich seinen Verpflichtungen entziehen wird, vollkommen durchführbar sein werden. **Das ist eine Politik auf langer Sicht, in der eine kluge Diplomatie eines um das andre der aufeinanderfolgenden Ketteng lieder aneinanderfügen muß, die nach und nach von Deutschland ein Rheinland loslösen werde, das frei ist unter der militärischen Hut Frankreichs und Belgiens.**

Neue Hetzreden Poincarés

Basel, 25. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Wie die „Basler Nachrichten" aus Paris melden, sprach Poincaré am Sonntag in St-Denis bei der Einweihung eines dortigen Siegesdenkmals. Er nannte Deutschland eine Nation, die stärker, mächtiger und reicher als vor dem Kriege dastehe. Deshalb habe Frankreich Zwangsmaßnahmen vorgeschlagen, um die reichen Erträgnisse Deutschlands den Reparationen zuzuführen. Poincaré nannte den neuen englischen Premierminister den treuesten Freund Frankreichs.

Das französische Budget

4 Milliarden Fehlbetrag

× **Paris, 25. Oktober.** (Eigener Drahtbericht.) In der heutigen Nachmittagssitzung der Kammer führte der Generalberichterstatter für das Budget, Abg. Volanowski, aus, das Budget weise einen Fehlbetrag von 4 Milliarden auf. Die französische Schuld Frankreichs habe sich von 52 Milliarden vor dem Kriege um 131 Milliarden Kriegskosten erhöht, die durch den Versailler Vertrag zu Lasten Frankreichs geblieben sei, ferner um 90 Milliarden an Vorschüssen für Deutschland. Wenn man von den Reparationen absehe, so könne man sagen, daß das allgemeine Budget völlig im Gleichgewicht sei. Deutschland würde höchstens 72 Milliarden zahlen, während Frankreich selbst für Reparationen und Pensionen mindestens 90 Milliarden zahlen müßte. Der Abgeordnete sprach von den großen Anstrengungen, die in dem Wiederaufbaugebiet vollbracht worden seien. Der Finanzminister unterbrach den Berichterstatter und erklärte, daß die von ihm genannten Zahlen stark übertrieben seien.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19221026/1